dem der einheitlichen Tradition doch ebenso, wie Deutschland entbehrenden Italien. Man sucht die Ausgaben auf das nach der europäischen Stellung des einzelnen Landes notwendige Maß zu beschränken — wie dies auch innerhalb der Minderheit des aufgelösten Reichstags geschehen ist —; aber nirgends außer in Deutschland vergißt man, daß keine volksfreundliche, keine liberale Politik dem Volke und der politischen Freiheit etwas wert ist, wenn die Existenz nicht gesichert ist.

Der „Hamb. Corr." führt aus:

„Es ist eine demokratisch-klerikal-partikularistische Koalition — auch die Welfen haben sich natürlich gegen die Militärvorlage erklärt — die sich der einmütig von den verbündeten deutschen Regierungen für notwendig erachteten Heeresverstärkung entgegensetzt. Und es ist nicht allein die Heeresfrage, in der diese verderbliche Koalition dem Geiste der deutschen Nation entgegenarbeitet. Nehmen wir also die Entscheidung, die von der Reichsregierung mit der Auflösung des Reichstages getroffen ist, nachdem sich ihr Entgegenkommen als fruchtlos erwiesen hat, mit festem Willen auf und gehen wir in mutiger Entschlossenheit mit allen denen zusammen, die von echter Begeisterung für Kaiser und Reich beseelt sind! Wie die Verhandlungen des Reichstages gezeigt haben, thut es not, daß ein frischerer Wind in die Segel des Schiffes bläst, das unsere nationale und staatliche Zukunft trägt. Thun wir alles, was an uns ist, um in diesem Sinne die Neuwahlen vorzubereiten und zu einem guten Ende zu führen."

Insbesondere zu dem bevorstehenden Wahlkampfe sagt die „Kreuzzeitung":

„Der Reichstag ist aufgelöst, das deutsche Volk wird durch die bevorstehenden Wahlen zu zeigen haben, ob es noch bereit ist, sein alles an seine Ehre zu setzen oder nicht. Wir verkennen die Gefahren nicht, welche die Aufwühlung der Massen durch einen Wahlkampf von einer Schärfe ohnegleichen im Gefolge hat, aber wir erhoffen trotz alledem von den Neuwahlen eine erwünschte Klärung in unserem politischen Leben und innerhalb der Parteien. Offen sprechen wir unsere Freude darüber aus, daß die verbündeten Regierungen Entschlossenheit und Energie gezeigt und die schmachvolle Bethätigung eines unerhörten Mangels an nationalem Sinn seitens des Reichstages mit dessen sofortiger Auflösung beantwortet haben."

Die „Schles. Ztg." endlich schließt ihre Ausführungen mit folgendem Appell an den Patriotismus:

„Ist es wirklich nur die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes, über die in dem bevorstehenden Wahlkampfe entschieden werden soll, oder ist es nicht vielmehr die Frage, ob das deutsche Volk überhaupt eine Vertretung wählen soll, mit welcher regiert und die Entwickelung unseres nationalen Staates weitergeführt werden kann? Man denke sich eine Volksvertretung, deren Majorität aus Klerikalen und nichtklerikalen Demokraten, Sozialdemokraten, Partikularisten und Antisemiten bestände. Die würdelosen Scenen während der Ahlwardtdebatten haben uns gezeigt, was wir dann zu erwarten hätten. Soll wirklich einst von unserem Volke gesagt werden können, daß, nachdem es sich Jahrhunderte lang nach Einigung gesehnt und dieselbe endlich erreicht hatte, es nicht verstanden habe, sich die Einheit zu erhalten, weil Einzelinteressen und Einzelstrebungen mächtiger in ihm gewesen seien, als die Hingabe an das Vaterland? Solches darf nie von dem deutschen Volke gesagt werden. Fest und unerschüttert steht der Kaiser- und Königsthron der Hohenzollern. Fest und treu scharen sich um ihn die deutschen Fürsten und Regierungen. Nicht mit banger Furcht sollen diejenigen in den Kampf ziehen, welche für die Erhaltung der Staatsautorität eintreten, sondern frohen Mutes und unverzagt. Die Verteidigung der Errungenschaften gilt es, die uns eine große Zeit und ihre gewaltigen Zeugen hinterlassen haben. Wenn alle diejenigen ihre Pflicht thun, denen die Größe und die Ehre, die gedeihliche Entwickelung und die Einheit des Vaterlandes höher steht als Parteiinteressen und Parteidoktrinen, dann werden in den neuen Reichstag Männer einziehen, die als die Vertreter der reinsten und edelsten Empfindungen und Bestrebungen der Nation gelten können. Darum auf zum schweren Kampfe und zum endlichen Siege."

Tagesgeschichte.

Dresden, 9. Mai. Se. Königl. Hoheit der kommandierende General Prinz Georg wohnte heute vormittag den Besichtigungen der Bataillone des 2. Grenadierregiments Nr. 101 „Kaiser Wilhelm König von Preußen" im Mandvergelände bei. Höchstderselbe wird heute abend in Begleitung des Chefs des Generalstabes Oberst Frhrn. v. Hausen und des Hauptmanns im Generalstabe v. Carlowitz nach Leipzig reisen, um bei den Bataillonsbesichtigungen des 10. Infanterieregiments Nr. 134 anwesend zu sein.

Dresden, 9. Mai. Im Allerhöchsten Auftrage Sr. Majestät des Königs wohnte der General à la suite Sr. Majestät, Generalmajor v. Treitschke, den heute vormittag 10 Uhr im Trauerhause, Bernhardstraße 17, stattgefundenen Trauerfeierlichkeiten für den am 6. d. Mts. allhier verstorbenen Wirkl. Geh. Rat Schmalz bei.

Dresden, 9. Mai. Das 15. Stück des Reichsgesetzblattes, welches am 6. d. Mts. herausgegeben wurde, enthält: Gesetz, betreffend die Abänderung der Maß- und Gewichtsordnung; Bekanntmachung, den Aufruf und die Einziehung der Noten der Magdeburger Privatbank betr.; Bekanntmachung, betr. Ergänzung und Berichtigung der dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste.

* **Berlin**, 9. Mai. Se. Majestät der Kaiser unternahmen gestern morgen einen längeren Spazierritt in die Umgebung Potsdams. Von demselben zurückgekehrt, arbeiteten Allerhöchstderselbe mit dem Chef des Zivilkabinetts und nahmen sodann die regelmäßigen Marinevorträge entgegen. Nachmittags fand ein Jagdausflug nach Ober-Finow statt.

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen hielten gestern eine Sitzung.

— Die Nachricht der „Kreuzzeitung", daß der Reichskanzler sofort nach erfolgter Auflösung des Reichstags den Geheimrat Dietrich zu Sr. Majestät dem Kaiser entsendet habe, um Allerhöchstdemselben die offizielle Mitteilung der vollzogenen Thatsachen zu machen, ist nicht zutreffend. Hingegen kann die „Nordd. Allg. Ztg." mitteilen, daß der Reichskanzler selbst sich nach der Auflösung mit dem nächsten fahrplanmäßigen Zuge nach dem Neuen Palais begeben hat, nicht um dem Kaiser, wie einige Blätter haben wissen wollen, seine Demission anzubieten, sondern um Sr. Majestät über die Vorgänge vor und bei der Auflösung Vortrag zu halten.

— Alsbald nach erfolgter Auflösung des Reichstages fand beim Finanzminister Dr. Miquel ein größeres Diner statt, an welchem u. a. der Reichskanzler Graf v. Caprivi, der Ministerpräsident Graf zu Eulenburg und mehrere Vertreter deutscher Bundesstaaten teilnahmen. Selbstverständlich bildeten die Vorgänge im Reichstage und die kommenden Wahlen im wesentlichen den Gegenstand der Unterhaltung.

— Graf Ballestrem, Frhr. v. Huene und Dr. Porsch haben, wie die „Germania" meldet, jeder einzeln, ihren Austritt aus dem Vorstande der Zentrumsfraktion des Reichstags erklärt.

— Die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich setzte in den Sitzungen vom 4. und 5. Mai die Beratung der Vorschriften über den Eigentumsanspruch (§§ 929 bis 945) fort.

— Der bisherige Kommandeur der 20. Division, Generaladjutant und Generallieutenant v. Winterfeld, ist von Sr. Majestät dem Kaiser mit der Führung des Gardecorps beauftragt worden. Generallieutenant v. Winterfeld, der mit dem General der Infanterie v. Mischke noch zu den Generaladjutanten des Kaisers Friedrich gehört, ist viele Jahre Flügeladjutant Kaiser Wilhelm I gewesen, in welcher Stellung er eine Zeit lang Kommandeur der Schloßgardecompagnie und Mitglied der Generalordenskommission war. Erst als Oberst trat er unter Belassung als Flügeladjutant aus dem persönlichen Dienst bei dem Kaiser heraus und wurde unter Versetzung in den Generalstab zum Chef des Generalstabes des 15. Armeecorps unter dem Feldmarschall Frhrn. v. Manteuffel ernannt, bis ihn im Jahre 1884 der damalige Kronprinz in seiner Eigenschaft als Generalinspekteur der 4. Armeeinspektion zum Chef des Stabes dieser Inspektion erbat, als welcher er auch, als Graf Blumenthal 1886 die Inspektion übernahm, verblieb. Am 3. August 1887 zum Generalmajor befördert, wurde v. Winterfeld in gleicher Eigenschaft zur 1. Armeeinspektion unter dem Prinzen Albrecht versetzt. Im Frühjahr 1890 wurde ihm die 20. Division in Hannover übertragen und er am 24. März 1890 zum Generallieutenant befördert. Neben dem Kommando wurden ihm 1891 an Stelle des Generalmajors v. Rauchhaupt abermals die Dienstgeschäfte des Chefs der 1. Armeeinspektion übertragen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt an der Spitze ihrer gestrigen Abendnummer:

Am Morgen des 6. Mai war dem Reichskanzler seitens eines Abgeordneten der freisinnigen Partei der Vorschlag gemacht worden, in Artikel 2 des Huenefschen Antrages Veränderungen vorzunehmen, welche dahin abzielten, die zweijährige Dienstzeit zu sichern, die in Artikel 1 enthaltene Präsenzstärke und Cadres aber nur bis zum 31. März 1899 zu gewähren. Man führte an, eine Gefahr für die Regierung könne darin nicht gefunden werden, der Deutsche Reichstag habe noch nie versucht, bestehende Truppenteile wieder zu beseitigen. Der Reichskanzler konnte auf diesen Vorschlag nicht eingehen, weil die verbündeten Regierungen damit ein wertvolles Recht aus der Hand gegeben, andererseits aber keine Sicherheit dafür erhalten hätten, daß ihnen nach fünf Jahren diejenigen Kompensationen, ohne welche ihrer Überzeugung nach die Einführung der zweijährigen Dienstzeit eine schwere Schädigung der Armee bedeuten würde, fortgewährt werden würden.

Niemand kann wissen, wie ein Reichstag um jene Zeit zusammengesetzt sein und wie er dann denken wird. Er kann von jener Überzeugung der verbündeten Regierungen denken, wie schon jetzt die Abgeordneten Richter und Bebel, daß sie ein Produkt verderblichen Militarismus sei, aber er kann, so gut wie schon heute der Abgeordnete Lieber, gegenüber der Auffassung der verbündeten Regierungen über Ehre und Sicherheit Deutschlands, sich hinter das einfache Motiv zurückziehen: das sind Übertreibungen. Der Reichskanzler würde nicht in der Lage gewesen sein, einen solchen Vorschlag bei Sr. Majestät dem Kaiser zu befürworten, er würde ihn auch seiner eigenen Überzeugung nach nicht haben vertreten können.

Abgesehen hiervon würde die Regierung für den voraussichtlichen Gewinn einiger Stimmen aus der freisinnigen Fraktion, deren Zahl um so ungewisser blieb, als die letzten Tage Zweifel über die Beständigkeit freisinniger Entschließungen nur allzusehr rechtfertigten, die kräftige Unterstützung der konservativen Parteien, welche ihr, der Zahl und der traditionellen, bewährten Haltung dieser Parteien in allen Militärfragen nach, ungleich wertvoller waren, eingebüßt haben.

Was von dem in letzter Stunde formulierten Antrag Prinz Carolath Rößide bekannt wurde, lief auf die Aufnahme einer zuerst von dem Abgeordneten Frhrn. v. Huene ausgesprochenen und später von dem Abgeordneten v. Bennigsen vertretenen Idee hinaus, welche darauf abzielte, die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen auch über fünf Jahre hinaus so lange festzulegen, als die jetzt festzusetzende Friedenspräsenzstärke nicht herabgesetzt würde. Vom Standpunkte der verbündeten Regierungen aus würde dieser Vorschlag wohl diskutabel gewesen sein. Es wurde aber, noch ehe der Antrag gedruckt vorlag, zweifellos, daß dafür auf eine Unterstützung durch eine hinreichende Anzahl von Stimmen aus dem Zentrum und der freisinnigen Partei nicht zu rechnen war, und es blieb zweifelhaft, ob die konservativen Parteien geschlossen für den Antrag eingetreten sein würden.

Immerhin würden die verbündeten Regierungen in dem Wunsche, ihrerseits die Möglichkeit zu einer Verständigung offen zu halten, bis die letzte Hoffnung geschwunden sei, nicht angestanden haben, auf eine weitere Beratung, auch auf eine dritte Lesung, wenn sie geschäftsordnungsmäßig überhaupt möglich wurde, einzugehen. Der Schlußantrag und die erhebliche Differenz zwischen Majorität und Minorität bei der ersten namentlichen Abstimmung zeigte aber klar die Nutzlosigkeit jedes weiteren Versuchs, mit diesem Reichstag zu einer Verständigung zu gelangen.

— Zu den bevorstehenden Wahlkämpfen schreiben die „B. P. N.":

Ist das Ziel, die Heeresverstärkung nach Maßgabe des Huenefschen Antrages zu erreichen, so kommt es in erster Linie darauf an, möglichst viele Männer in den Reichstag zu senden, welche für diesen Antrag zu stimmen bereit sind. Soweit dieser Hauptgesichtspunkt nicht berücksichtigt wird, mögen andere Rücksichten namentlich wirtschaftspolitischer Natur für die Wahl des Kandidaten bestimmend sein, aber das entscheidende Moment muß doch immer die Stellung zur Heeresvorlage sein, dergestalt, daß, wenn es sich darum handeln sollte, entweder einem Anhänger der Heeresvorlage von wirtschaftspolitisch abweichender Ansicht oder einem Gegner derselben mit gleicher wirtschaftspolitischer Anschauung zum Siege zu verhelfen, ohne Frage der Entschluß im Sinne der ersteren Eventualität zu fassen sein wird. Es ergiebt sich daraus zugleich die Stellung, welche gegenüber den Mitgliedern der deutschfreisinnigen Partei und des Zentrums, die Anhänger der Militärvorlage sind, einzunehmen ist. Vorbehaltlich der Fälle, in denen ein anderer sicherer Anhänger der Heeresvorlage den Vorzug verdient, werden die deutschfreisinnigen Freunde derselben, soweit sich nicht ein gleichwertiger Kandidat mit militärisch gleicher, aber wirtschaftspolitisch zusagender Anschauung findet, die der Heeresvorlage freundlich gesinnten Zentrumsmänner aber unbedingt zu unterstützen sein.

Stimmenersplitterung unter den Freunden der Heeresvorlage ist aus dem doppelten Grunde sehr bedenklich, weil erfahrungsgemäß Stichwahlen den Gegnern den größeren Vorteil bieten und bei starker Zersplitterung selbst die Gefahr besteht, nicht in die engere Wahl zu kommen. Konzentration aller nicht oppositionellen Stimmen auf den geeignetsten Kandidaten thunlichst schon im ersten Wahlgange ist daher ein Gebot politischer Notwendigkeit. Um sich den Luxus von Zählkandidaturen zu gestatten, ist die Sache wirklich zu wichtig und zu ernst. Nicht darauf kommt es an, wie viel Stimmen jede Partei für sich registrieren kann, sondern darauf, daß die Heeresverstärkung in dem nächsten Reichstage die Mehrheit erhalte. Gegenüber diesem Hauptziele vom Standpunkt des Vaterlandes müssen alle anderen Rücksichten der Partei oder sonstiger Natur zurückstehen.

(Namentlich diese letzten drei sehr richtigen Sätze möchte die konservative Partei erwägen, welche auffallenderweise bei der hochherzigen Haltung, die sie in der Angelegenheit der Militärvorlage bisher angenommen hat, in einem in der heutigen „Kons. Corr." enthaltenen Aufruf den Konservativen empfiehlt, überall „eigene Kandidaten und seien es auch nur Zählkandidaten" aufzustellen. — Anm. d. R.)

— In der Sitzung, welche die freisinnige Fraktion am vorigen Sonnabend abhielt und bei der es zum Zusammenbruch der Partei kam, einigte man sich nach längerer Beratung über folgende Punkte: Die Leitung der freisinnigen Partei wird sich bei den Wahlen jeder Bekämpfung der Secessionisten enthalten, auch wenn diese als ihr Programm die Annahme des Antrages Huene aufstellen werden. Dagegen werden die Secessionisten auch den Besitzstand der Richterschen Freunde respektieren und den Richterleuten keine Gegenkandidaten entgegenstellen. Es wird einem jeden freisinnigen Abgeordneten überlassen bleiben, seinen Wahlkreis individuell so zu behandeln, wie er es für das Beste hält, und die Parteileitung wird sich nicht hineinzumischen haben. Zur Regelung dieser verschiedenen Punkte und zur Liquidation des Parteivermögens, das auf 180 000 M. geschätzt wird, wird eine Kommission eingesetzt, die aus sechs Richterleuten und sechs Hingeleuten besteht. Es ist wahrscheinlich, daß diese das Vermögen so teilen wird, daß auf jeden der heute durch Freisinnige vertretenen Kreise eine bestimmte Quote fällt.

Was nach den Wahlen geschehen soll, scheint gar nicht in den Kreis der Erörterungen gezogen worden zu sein. Unter denen, die sich gegen die Diktatur Richters empörten, befinden sich Rickert, Hänel, Bamberger, Dohrn, Barth, Schrader und natürlich die sechs Abgeordneten, die mit Hinze für den Antrag Huene gestimmt haben. Auch der erkrankte Stauffenberg ist zu ihnen zu rechnen. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß viele unter ihnen geradezu als Wahlparole die Einigung mit der Regierung und den Antrag Huene aufstellen werden. Einige derselben begaben sich sofort in die Provinz, wo sie schon für heute abend telegraphisch Volksversammlungen anberaumt haben, in denen sie ihren Wählern ihren Standpunkt darlegen und erklären wollen, weshalb sie nicht mehr im stande sind, sich der Richterschen Parteileitung unterzuordnen. Nach den früheren Berichten, die sie aus ihren Wahlkreisen erhalten haben, zweifeln sie nicht, daß sich die Wähler mit diesem Beschluß voll und ganz einverstanden erklären werden. Die „Köln. Ztg.", der wir das Vorstehende entnehmen, bemerkt zu diesen Vorgängen: Wenn man sich die Lage, die durch diese unwahrscheinlichen Ereignisse gegeben ist, sehr kühl überlegt, so kann man zu keinem anderen Schlusse kommen, als daß wir es hier mit einer vollständigen Secession zu thun haben, die sich in umgekehrter Richtung vollzieht wie die, die seinerzeit die Nationalliberalen eines Teiles ihres Bestandes beraubte. Ohne der Frage vorgreifen zu wollen, wie es nach den Wahlen werden soll und wie sich dann die Parteiverhältnisse gestalten werden, ist jedenfalls die Thatsache gegeben, daß die Freisinnigen nicht als geschlossene Partei in den Wahlkampf eintreten können und daß Richter, indem er die Hinze und Genossen nicht aus der Partei hinauswerfen konnte, eine schwere Niederlage erlitten hat, die um so empfindlicher sein wird, als er sich sogar gezwungen sieht, einen Teil des Kriegsschatzes den Männern auszuliefern, die er eben noch für unwürdig erklärte, seiner Partei anzugehören. Man fragt sich erstaunt, wie es möglich ist, daß dieser Wandel in einigen Stunden erfolgen konnte und wie dieselben Männer, die eben noch für Richter stimmten, einige Stunden nachher ihren Führer über Bord warfen.

— Die „Unabhängigen" und die „Anarchisten" proklamieren dem D.-B. „Herold" zufolge für ihre Genossen allenthalben im Reiche Wahlenthaltung. Für Berlin kann diese letztere bezüglich des 2., 3. und 5. Wahlkreises wegen der Zahl der in denselben wohnenden Unabhängigen und Anarchisten Bedeutung haben.

Bückeburg, 8. Mai. Fürst Adolf Georg zu Schaumburg-Lippe ist um 5 Uhr 30 Min. nachmittags verschieden. (Fürst Adolf Georg ist am 1. August 1817 in Bückeburg geboren und folgte seinem Vater, dem Fürsten Georg, am 21. November 1860 in der Regierung. Er war seit dem 25. Oktober 1844 mit Hermine, Prinzessin zu Waldeck und Pyrmont, vermählt.)

r+t **Paris**, 7. Mai. In der Kammer wurde die Beratung über das Fremdengesetz unerwartet rasch zu Ende geführt. Der Minister des Auswärtigen begnügte sich damit, der Kammer vorzustellen, daß infolge der bestehenden Verträge Frankreich den Fremden keine Taxe auferlegen könne, nicht einmal die vom Ausschuß vorgeschlagene Taxe von 1 Frcs. und noch weniger also die indirekte Abgabe, welche den Arbeitgebern der Fremden zugedacht wird. Rouvier seinerseits hob hervor, wie wenig es im Interesse der französischen Industrie läge, durch unfreundliche Behandlung der Fremden die auswärtigen Kunden zu verstimmen. Die Mehrheit fügte sich diesen Bemerkungen, und obgleich Pierre Richard einen chauvinistischen Hymnus anstimmte, wurden alle Amendements, welche die Besteuerung der Fremden in verschiedenen Formen bezweckten, verworfen. — Die Aufmerksamkeit der politischen Welt ist heute nicht auf die inneren französischen Angelegenheiten, sondern auf die wichtigen Vorgänge in Deutschland gerichtet. Alle Blätter behandeln die letzten Beratungen des Reichstags und seine Auflösung in langen Artikeln, die sich freilich

---

sind teils durch archivalische Unterlagen, teils durch vergleichende Studien bestimmt worden. Auch als Verfertiger der beiden Scharfrennzeuge entpuppte sich ein sächsischer Plattner, Siegmund Rockenberger zu Wittenberg, dessen Name zwar bekannt, von dessen Werken jedoch bisher noch keines nachgewiesen war. Hier sei nur in Kürze erwähnt, daß er um die Mitte des 16. Jahrhunderts das „deutsche Zeug" für den sächsischen sowie einige norddeutsche Höfe herrichtete und daß als eine seiner Arbeiten auch das mit vergoldeten Ätzreisen geschmückte Rennzeug, welches Kurfürst August seinem Freunde, dem Erzherzog Ferdinand von Tirol, 1558 verehrte und welches sich heute in der Kaiserl. Waffensammlung zu Wien befindet, anzusehen sein dürfte. Auf der Brust des einen Scharfrennzeuges ist das Monogramm des Meisters — S. R. W. — eingeätzt. Dieselbe Hand, welche die Zeuge, hat auch die Hülsen der beiden Rennstangen, die neuerdings ersteren beigegeben worden sind, mit Ätzmalerei geschmückt.

Um zu verschiedenen Meinungen über den Verfertiger der weltberühmten Prunkrüstung für Mann und Roß des Kurfürsten Christian II. (Paradesaal) Stellung zu nehmen, sei es hier ausgesprochen, daß wir die Ansicht Wendelin Boeheims vollständig teilen, daß der Verfertiger des Kunstwerkes, der Goldschmied Heinrich Knopf zu Nürnberg ganz oder doch zum größten Teil auch der Schöpfer desselben gewesen sein dürfte. (Forts. folgt.)

Die Madonna des Botticelli.

Novelle von Lothar Brenkendorf.

3 (Fortsetzung).

Er lächelte in sichtlicher Befriedigung über die geistvoll witzigen Wendungen seiner Rede. Die junge Dame antwortete ihm nicht sogleich, aber ihr schönes Köpfchen hatte sich tief gesenkt und im Klange ihrer Stimme war etwas von mühsam zurückgehaltenen Thränen, als sie endlich sagte:

„Sie würden den Ankauf des Bildes also rundweg ablehnen?"

„Ja, was sollte ich Ihnen denn dafür zahlen? — Ich bin kein Betrüger, der jede beliebige nachgedunkelte Schmiererei als einen Dürer oder Holbein an den Mann zu bringen sucht. Und ich könnte wahrscheinlich zehn Jahre warten, ehe ich für diese fragwürdige Leistung irgend eines völlig unbekannten Malers einen Liebhaber fände. Am liebsten sage ich darum einfach: Nein! — Aber es scheint, daß Sie sich in Verlegenheit befinden und daß Ihnen mit einer kleinen Geldsumme sehr gedient wäre — habe ich es nicht erraten, mein Kind?"

Volkmar, der am liebsten vorgesprungen wäre, um den Kunsthändler recht unsanft am Kragen zu nehmen, sah, wie die Schultern der jungen Dame bebten und wie die zarte Wange, die er jetzt von ihrem Gesicht allein wahrnehmen konnte, sich mit dunkler Röte überzog. Er wünschte nichts sehnlicher, als daß sie ihm mit einem stolzen Wort die gebührende Abfertigung zuteil werden lassen möchte, und er fühlte sein Herz rascher klopfen, als sie statt dessen sagte:

„Ja, mein Herr, es ist wie Sie vermuten. Eine langwierige Krankheit meiner Mutter und der Umstand, daß es mir Monate lang trotz aller Bemühungen nicht gelang, eine passende Stellung zu finden, ließen uns in peinliche Bedrängnis geraten. Hätten wir irgend eine andere Kostbarkeit besessen, die sich zu Gelde machen ließ, so würden wir ihr sicherlich vor diesem Bilde, das mein Vater so sehr geliebt, den Vorzug gegeben haben. Aber es ist uns nichts geblieben, nachdem wir durch den Zusammenbruch eines industriellen Unternehmens unser kleines Vermögen bis auf den letzten Pfennig verloren haben. Ein Bekannter hatte uns geraten, gerade diese Aktien zu kaufen, die, wie er meinte, eine große Zukunft hätten, und wenige Wochen später waren sie mit einem einzigen Schlage vollständig wertlos geworden. Nur die äußerste Not ist es, die uns jetzt bestimmen kann, uns von unserm teuersten Besitztum zu trennen."

Der wackere Herr Steinitz rieb sich eifrig sein noch unrasiertes Kinn und nahm eine Miene an, als ob er sehr angelegentlich nachdächte.

„Hmm! — Hmm! — Das ist freilich sehr traurig, mein liebes Fräulein; aber es ist eine notwendige Folge davon, wenn Damen, die nichts vom Geschäft verstehen, sich mit dem Spekulieren versuchen. Hätten Sie sich dreiprozentige Staatspapiere gekauft, so würden Sie Ihr Geld heute noch haben und brauchten nicht mit dem alten Schmöker da hausieren zu gehen. Ich begehe eine Thorheit, wenn ich Ihnen das Bild abkaufe; denn ich kann es getrost gleich in die Rumpelkammer werfen; aber aus Mitleid mit Ihrer Lage werde ich mich doch vielleicht entschließen, Ihnen eine Kleinigkeit dafür zu zahlen — wohlverstanden, eine Kleinigkeit, denn von einer irgendwie erheblichen Summe kann nicht die Rede sein. Wenn Sie nach Verlauf einer Stunde noch einmal unten in meinem Kontor nachfragen wollen, so wird man Ihnen dort Bescheid geben, und Sie können entweder Ihr Geld erhalten oder dies sogenannte Gemälde wieder mitnehmen. Das ist alles, was ich Ihnen für den Augenblick zu sagen vermag."

Die junge Dame schien noch eine kleine Weile mit sich zu kämpfen; dann aber lehnte sie das Bild an einen Sessel und sagte, ersichtlich ihre ganze Kraft zusammennehmend:

„Ich baue auf Ihre Rechtschaffenheit, mein Herr! Da ich selbst den Wert des Gemäldes nicht beurteilen kann, werde ich mich ganz auf Ihre Schätzung verlassen müssen. Aber ich wünsche natürlich nicht, ein Almosen von Ihnen zu empfangen. Ist es Ihre feste Überzeugung, daß das Bild wertlos sei, so werde ich jedenfalls vorziehen, es zurückzunehmen."

„Nun ja — ich will mir's überlegen. In einer Stunde also! — Ich bin, wie Sie sehen, gerade jetzt durch andere Geschäfte in Anspruch genommen."

Er deutete dabei mit einer leichten Handbewegung nach der Stelle, wo Herbert Volkmar stand, und erst jetzt wurde das junge Mädchen gewahr, daß seine Unterhaltung mit dem Kunsthändler einen Zeugen gehabt hatte. Ihr Blick begegnete dem des Malers, und wieder flutete es in purpurner Glut über ihr zartes, liebliches Gesicht. Hastig und mit niedergeschlagenen Augen ging sie zur Thür; kaum vernehmlich kam ein leises „Adieu" von ihren Lippen, und sie sah wohl nichts mehr von der achtungsvollen Verbeugung, mit welcher der unbekannte junge Mann den beinahe geflüsterten Abschiedsgruß erwiderte.

Mit drei langen Schritten war Herbert Volkmar nach ihrer Entfernung vor dem kleinen Bilde, das von seiten des sachverständigen Herrn Steinitz eine so ungünstige Beurteilung erfahren hatte. Es stellte eine Madonna mit dem Jesuskinde dar, die zwischen den kaum noch erkennbaren Gestalten zweier Heiligen in

SLUB
Wir führen Wissen.